

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg

LINKSDRUCK

LANDTAG AKTUELL 14-16 DEZ 2011



Startgedanken

Kerstin Kaiser

Fraktionsvorsitzende

Unmittelbar vor der Landtagssitzung gab es eine neue Umfrage, die uns nachdenklich macht. Einerseits erkennen wir ein stabiles Fundament für die Landesregierung und die Minister der LINKEN. Andererseits wird deutlich, dass wir nicht allen Erwartungen im Lande gerecht werden können. Gerade deswegen müssen Prioritäten erkennbar und nachvollziehbar gemacht werden: Langfristig geht es um Stabilität im Land - sozial und haushaltspolitisch. Regierungsbeteiligung von Linken führt dazu, dass zentrale soziale Fragen einen gebührenden Platz im Regierungshandeln haben und neuen Lösungen näher gebracht werden. Das ist der große Vorzug von Rot-Rot. Sicher, durch gesellschaftliche Rahmenbedingungen sind uns Grenzen gesetzt. Aber wir drücken uns nicht! Mit der Leitbildebate und auf dem Landesparteitag im kommenden Februar werden wir entsprechende Schlussfolgerungen ziehen. Ihnen und Euch: Frohe Weihnacht und einen guten Jahreswechsel!

Finanzen 2012

DIE LINKE: Haushalt mit Weitblick

KERSTIN KAISER

Fraktionsvorsitzende



Investieren, vorsorgen, gestalten - der Haushalt 2012 ist beschlossen: ein Haushalt der Stabilität und der Handlungsfähigkeit. Die Zukunft des Landes bleibt damit gestaltbar. Wir setzen zu einem

klare Prioritäten im Bereich Bildung, Kommunen sowie Arbeit und Soziales. Zum anderen

verringern wir die - nach wie vor - notwendige Neuverschuldung. Wir wissen: der Staat hat nicht nur Ausgaben zurückzuführen, sondern auch Aufgaben zu lösen.

Öffentliche Schulen bekommen mehr

Deswegen wird auch kein Cent bei den öffentlichen Schulen gekürzt. Das Gegenteil ist der Fall! Mit 5,5 Mio. EUR wird die Bildung noch zusätzlich gestärkt - auch durch Tarifierungen (100,2 Mio. EUR) bei den Lehrerinnen und Lehrern. Aber darüber hinaus verbessern wir die Bedingungen für den gemeinsamen Unterricht mit über 2 Mio. EUR und geben noch einmal 1 Mio. EUR mehr ins Fortbildungssystem. Die Weichen sind gestellt, dass wir in dieser Legislaturperiode nicht nur 1250, sondern 2000 Lehrerinnen und Lehrer einstellen können.

Vorrang für Kommunalfinanzierung

Ab 2014 soll Brandenburg fortdauernd keine neuen Schulden machen. Zusätzlich

müssen wir uns schon heute für einen drohenden Wirtschaftsschwung wappnen. Andere Länder,

z.B. Thüringen und Sachsen-Anhalt, werden uns als Vorbilder angepriesen, weil sie schon im nächsten Jahr keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Doch sie tun das zu Lasten der Kommunen. Bei uns ist auch hier das Gegenteil der Fall.

Um 53,4 Mio. EUR werden sich die Schlüsselzuweisungen für Kommunen und kreisfreie Städte auf über 1 Mrd. EUR erhöhen. Damit wird fast wieder das Rekordjahr 2008 erreicht. Bei den Landkreisen wird die Höhe der damaligen Schlüsselzuweisungen mit insgesamt fast 390 Mio. EUR sogar übertroffen.

Wir stärken unser Brandenburg

Wir werden Brandenburg zu einem modernen und zukunftsfähigen Land gestalten. Dafür brauchen wir die nötigen finanzpolitischen Spielräume. Das ist und bleibt der Grundpfeiler rot-roter Finanzpolitik. Im Haushalt 2012 finden sich diese Abwägungen wieder. Sie haben im Kabinett, in den Fraktionen, im Landtag und vor dem Landtag stattgefunden. Das ist gut und richtig so. Interessen sind dabei aufeinander geprallt - und das wird auch weiter so sein. Wir werden nicht allen Erwartungen gerecht werden können. Aber eines werden wir nicht tun: Vor dem Landtag mehr Ausgaben und im Landtag mehr Einsparungen fordern. Den Populismus überlassen wir der Opposition - und dem Urteil der Bürgerinnen und Bürger.



INTERVIEW

„Wir bleiben trotz Euro-Krise handlungsfähig“

Wer ist Schuld an der Euro-Krise? Wie entstand sie? Und wie wappnet sich das Land vor den Folgen? LINKSDRUCK sprach darüber mit dem haushaltspolitischen Sprecher der LINKEN, Christian Görke


LINKSDRUCK : Wie sehen Sie die Eurokrise?

Christian Görke: Die Bundesregierung verfolgt seit Monaten eine eindimensionale Strategie: die hat die europäischen Finanzmärkte massiv destabilisiert und den Euroraum an den Rand der Rezession geführt. Dies ist grundlegend falsch. Auch nach einem Jahr „Eurorettung“ spekulieren Finanzinvestoren gegen hochverschuldete Staaten - und Länder wie Griechenland befinden sich tiefer in der Krise als zuvor. Der milliardenschwere Rettungsschirm, den Eurozone-Staaten und EU aufspannten, ist ein reiner Bankenrettungsschirm auf Kosten der öffentlichen Haushalte, also der Steuerzahler. Das hat das Vertrauen der Bevölkerung in den

Den L im Internet lesen

Abo kostenlos per RSS-Feed:

www.dielinke-fraktion.brandenburg.de

Euro geschwächt.

Was sind die Gründe der Krise?

Es sind Fehlentwicklungen der Finanzmärkte im vergangenen Jahrzehnt. Zudem lässt sich die akute Verschärfung der Situation nicht nur mit mangelnden Sparanstrengungen der Problemländer erklären: dazu kommt eine Verunsicherung von Banken, Versicherungen und anderen Investoren durch missverständliche politische Signale. Dies hat zu einem Teufelskreis geführt. Immer mehr Länder stehen - durch steigende Zinsen für Staatsanleihen - nicht nur vor einem Liquiditäts-,

sondern auch vor einem Solvenzproblem. **Bitte erklären Sie das für Brandenburg.** Auch im Land tickt die Schuldenuhr. Mit Stand 2010 hat Brandenburg eine Verschuldung von 18.662 Mrd. EUR erreicht. Die Zinsbelastung beträgt pro Jahr etwa 700 Mio. EUR - ein Batzen Geld, der uns für die Gestaltung des Landes fehlt. Um nicht in die Schuldenfalle zu geraten, senken wir auch 2012 die geplante Neuverschuldung auf 270 Mio. EUR ab. Bis 2014 wollen wir ohne Neuverschuldung auskommen - und das gilt auch für kommende Landtage und Landesregierungen. Wir sorgen also entsprechend vor. So erhalten wir uns finanzielle und politische Möglichkeiten, um Brandenburg solidarisch und zukunftsfähig zu gestalten.

Verfassung: Unsere Demokratie wird jünger

KERSTIN KAISER

Sprecherin für Verfassungsfragen



Den nächsten Landtag werden in Brandenburg auch 16- und 17-jährige mitwählen können. Der Landtag hat dazu mit einer deutlichen Zwei-Drittel-Mehrheit die Verfassung des Landes geändert. Brandenburger Jugendliche können nun ab 16 Jahren zur Wahl gehen - in den Kommunen und zum Landtag.

PDS kämpfte schon für Wahlalter 16

Bereits 1996 hat die damalige PDS sich für die Einführung des Wahlalters mit

16 Jahren eingesetzt. Damit wird die Stimme von Jugendlichen nicht nur gehört, sondern sie zählt auch. Denn darauf kommt es bei der Mitbestimmung in der Demokratie an. Brandenburg ist damit das erste Flächenland der Bundesrepublik mit einem aktiven Wahlrecht bei den Landtagswahlen.

Direkte Demokratie wird ausgebaut

Gleichzeitig ist die Eintragsfrist bei Volksbegehren von vier auf nunmehr sechs Monate verlängert worden. So haben die Bürger deutlich länger Zeit, solche Volksbegehren zu unterstützen. Auch das ist eine Forderung der LINKEN aus dem Wahlprogramm sowie dem Koalitionsvertrag, um mehr Demokratie zu wagen. Und wir haben uns noch mehr auf den Arbeitsplan gesetzt: Im Januar 2012 steht dann, in einem weiteren Gesetz, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Mitwirkung zu Volksinitiativen, -begehren und -entscheiden zur Entscheidung im Landtag an.

Soziale Tradition:

DIE LINKE. spendet
Fraktion im Landtag Brandenburg

Die Linksfraktion im Brandenburger Landtag unterstützt seit Beginn ihrer Arbeit im Parlament 1991 soziale Projekte. Allein dieses Jahr spendeten DIE LINKE-Abgeordneten 5.100 Euro aus ihren Diäten in einen Fonds zur Unterstützung sozialer Zwecke. Unter anderem hat die Fraktion mit 460 Euro einen Familienbildungsurlaub in gemeinsamer Regie der Beratungsstelle „Ehe-Familie-Leben“ der Caritas und des EuroCamp Am Helenesee unterstützt. Damit helfen wir Familien, denen das nötige Geld für einen gemeinsamen Urlaub fehlt.

Auch andere Projekte haben uns liebe Dankes-Grüße geschickt. Wir freuen uns!



Energiepolitisches Gespräch: Ideenbörse

THOMAS DOMRES

Energiepolitischer Sprecher



Energie braucht jeder: auch deswegen fühlen sich bei diesem politischen Thema viele Menschen angesprochen.

Denn Energie muss künftig sowohl bezahlbar sein als auch umweltschonend und nachhaltig erzeugt werden.

Plattform für Dialog

Darauf hinzuwirken ist das Ziel der Energiepolitischen Gespräche der Fraktion DIE LINKE. Sie haben sich mittlerweile zu einer gefragten Plattform für den Erfahrungs-, Fakten- und Meinungsaustausch entwickelt. Und dabei bleibt es nicht. In den gut besuchten, meist abends ausgerichteten Foren werden von den Gästen auch praktische Ideen und fachlich

untersetzte Einschätzungen vorgestellt. Auch gegensätzliche Ansichten werden kulturvoll erörtert - eines der Erfolgsgeheimnisse. Am Ende verlassen alle mit Erkenntnisgewinn den Saal - Adresstausch inklusive: eine echte Ideenbörse.

Gemeinsam für die besten Lösungen

Zwar weiß jeder: die Probleme von Braunkohleabbau über Netzausbau bis zu Fragen der Energiespeicherung löst man nicht an ein paar Abenden. Doch bei den Energiepolitischen Gesprächen fließt viel Sachverstand aus den

unterschiedlichsten Quellen zusammen. Übrigens: weitere Energiepolitische Gespräche werden schon geplant. Wie immer werden wir durch Faltblätter und im Internet unter

www.dielinke-fraktion.brandenburg.de rechtzeitig über Thema, Zeit und Ort der Veranstaltungen informieren.



Foto: DIE LINKE

Ludwig **Ludwig: Die Kommunalwirtschaft**

STEFAN LUDWIG

Kommunalpolitischer Sprecher



Ein neues Gesetz stärkt das in der Verfassung festgeschriebene Recht auf kommunale Selbstverwaltung. Damit werden ungerechte Hemmnisse abgebaut, die derzeit kommunale Betriebe gegenüber Privatbetrieben benachteiligen. Die Opposition, besonders CDU-Fraktionsvorsitzende Saskia Ludwig, will Panik schüren.

Schauermärchen von CDU und IHK

Glaubt man Frau Ludwig, kehrt der gescheiterte Staatssozialismus zurück - und mit ihm angeblich „kommunale Nagelstudios“, die private Mittelständler in den

Ruin treiben. Wirtschaftsverbände und Handelskammern (IHK) kaufen sich teure Zeitungsanzeigen, um die Stärkung der Kommunen zu diskreditieren.

Gesetz stärkt soziale Marktwirtschaft

Angeblich würde die soziale Marktwirtschaft ausgehebelt. Stefan Ludwig (DIE LINKE) kann über die ideologische Materialschlacht seiner CDU-Namensvetterin nur den Kopf schütteln. Er setzt Fakten dagegen: Die Aufhebung der Beschränkungen für kommunale Unternehmen stärkt insgesamt die Entscheidungsmöglichkeiten der Kommunen - ohne Eingriff in den Markt. Das stärkt sogar unsere soziale Marktwirtschaft. Auch westliche Länder wie Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen - ohne LINKE in der Regierung - stärken so die Kommunen.

Die Behauptungen von Saskia Ludwig (CDU):

- Der Staatssozialismus kehrt zurück
- Private Mittelständler machen massenhaft pleite
- Die soziale Marktwirtschaft wird ausgehebelt

Die Fakten von Stefan Ludwig (DIE LINKE):

- Kommunale Selbstverwaltung als Verfassungsrecht gestärkt
- Ungerechte Vorschriften für Kommunalunternehmen entfallen
- Starke Kommunen stärken unsere soziale Marktwirtschaft

Bürger nah: Justiz

Mit der Neuordnung der Gerichtsbezirke ist eine jahrelange Hängepartie um die Gerichtsstandorte beendet. Durch die sechsjährige Diskussion waren die Justiz und ihre Beschäftigten stark verunsichert worden. Notwendige Sanierungen der Gerichtsgebäude wurden jahrelang aufgeschoben. DIE LINKE war von Anfang an gegen die Schließungen der Amtsgerichte, da sich die Wege der Rechtsuchenden deutlich verlängert hätten und kein wirtschaftlicher Effekt erzielbar ist. Mit der jetzt festgelegten Änderung werden vier etwa gleichgroße Gerichtsbezirke für die Landgerichte (LG) in Neuruppin, Frankfurt (Oder) Cottbus und Potsdam eingerichtet. Das Amtsgericht Guben und das Arbeitsgericht Senftenberg werden als Außenstellen weitergeführt. Die Neuzuteilung des AG Schwedt zum LG Neuruppin ist vertretbar, auch wenn damit auf die Einräumigkeit in diesem Bereich verzichtet wird. Denn den größten Abstimmungsbedarf haben Gerichte nicht mit der Polizei, sondern mit der Verwaltung.

MARGITTA MÄCHTIG
Rechtspolitische Sprecherin

Nachtflug: Zur Lage

Mit der Abstimmung über die Volksinitiative zum Nachtflugverbot über eine Vertragsänderung mit Berlin endete das Landtagsjahr 2012: Keine der fünf Fraktionen empfahl die Annahme. Es gab diverse Gründe - DIE LINKE hat zwei: Berlins neuer Senat will den Flughafen ausbauen und Lärmschutz „im Rahmen der Wirtschaftlichkeit“ - Verhandlungen zwecklos. Und vor allem: Gefordert wird ein zusätzlicher Flughafenstandort. Dies lehnt DIE LINKE ebenso ab wie eine dritte Start- und Landebahn. Wir fordern per Antrag ein bundeseinheitlich geregeltes Nachtflugverbot. Das ist aus gesundheitlicher Sicht notwendig und zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrung richtig.

KORNELIA WEHLAN
Verkehrspolitische Sprecherin

Wasser: Vattenfall-Privileg wird abgedreht

CAROLIN
STEINMETZER-MANN

Umweltpolitische
Sprecherin



Mit der Novellierung des brandenburgischen Wassergesetzes wird ein Braunkohle-Privileg abgeschafft, das 2004 unter Rot-Schwarz im Gesetz festgeschrieben wurde: Für Wasser, das zur Trockenlegung von Tagebauen abgepumpt und dann genutzt wird, muss Vattenfall zukünftig Wassernutzungsentgelt in voller Höhe bezahlen.

Nachhaltigkeit wurde berücksichtigt

Ab 2014 werden das 2 bis 2,5 Mio. EUR jährlich sein, die zusätzlich für Gewässer- und Hochwasserschutz ausgegeben

werden können. Im parlamentarischen Verfahren wurden gegenüber dem Regierungsentwurf noch einige Änderungen vorgenommen - z.B. zum Ausgleich der Wasserführung, zur Nachhaltigkeit kommunaler Abwasserkonzepte, zur Abwasserwertung auf Privatgrundstücken und zu Gewässerunterhaltungsgebühren in Totalreservaten. Damit wurden unter anderem Forderungen des Nachhaltigkeitsbeirates aufgegriffen.



Polizeigesetz: Das Parlament kontrolliert

DR. HANS-JÜRGEN
SCHARFENBERG

Innenpolitischer
Sprecher



Der Landtag hat zwei Einsatzmittel der Polizei, die Handyortung und die automatische Kennzeichenfahndung, bis zum 31.12.2015 verlängert. Er ist so seiner besonderen Verantwortung nachgekommen. Diese besonders einschneidenden Einsatzmittel sind 2006 gegen die Stimmen der PDS in das Gesetz, zuerst befristet bis 2008, später bis zum 31.12.2011, aufgenommen worden. Zur Praxis lag eine umfangreiche Begutachtung vor. Demnach wurde die Handyortung zwischen 2008 und 2010 insgesamt 538 Mal eingesetzt. In 321 Fällen ging es um Suizidgefährdete, in 79 Fällen um vermisste Minderjährige. 19-mal kam die Ortung zum Einsatz, zum Beispiel, weil sich Personen in hilfloser Lage befunden haben. Bei weiteren Einsätzen wurden gefährdete, vermisste Erwachsene gesucht oder Menschen, die etwa wegen dringend

notwendiger medizinischer Hilfe in Lebensgefahr waren.

Bei der ebenso jeweils anlassbezogenen, automatisierten Kennzeichenfahndung ging es vorrangig um Kontrollen vor Rокertreffen und Fußballspielen mit Hinweisen auf drohende Gewalt. Der Polizei wurde zudem bescheinigt, dass sie in verantwortungsvollem Umfang Gebrauch von den Ermächtigungen macht und bei der Anwendung „streng auf die Einhaltung der gesetzlichen Voraussetzungen“ achtet. **DIE LINKE setzt strenge Regeln durch** DIE LINKE hat erreicht, dass künftig eine sofortige Löschung der bei der Kennzeichenfahndung erhobenen und nicht notwendigen Daten gesetzlich geregelt wird. Vor Verkehrsdatenabfragen muss, künftig gesetzlich vorgeschrieben, grundsätzlich eine richterliche Genehmigung eingeholt werden. Der Landtag wird weiterhin jährlich detailliert über die Anwendung der Eingriffsmittel informiert. Dieses besondere Kontrollrecht bei solchen, die persönliche Freiheit besonders einschränkenden Maßnahmen hat DIE LINKE durch die Befristung auch besonders ernst genommen.

Stilles Gedenken



„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ Mit einer Schweigeminute zum Auftakt der Landtagsitzung gedachte, gemeinsam mit allen Fraktionen des Landtages, auch DIE LINKE der Opfer der rechts-extremen Terror-Morde. Foto: Landtag Brandenburg

AKTUELLE INITIATIVEN DER ROT-ROTEN KOALITION

- **Antrag** (alle Fraktionen): Die Würde des Menschen ist unantastbar
Drucksache 5/4398, angenommen
- **Gesetzentwurf** (mit B´90/Grüne) zur Änderung des Brandenburgischen Wahlgesetzes
Drucksache 5/4373, angenommen

Kleine Bitte...

...damit sich auch Nachbarn
und Freunde informieren können:

Nach dem Lesen **L** weiterreichen!

IMPRESSUM



Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE
im Landtag
Brandenburg
Am Havelblick 8
14473 Potsdam

Redaktionsgruppe:

Sven Rosig (Leitung)
Fon: 0331/966-1544, Fax: 0331/966-1505
sven.rosig@dielinke-fraktion.brandenburg.de

Portraits:

Trilion DiG

Titelfoto:

kallejipp / photocase.com

Satz, Layout,

Grafik:

Sven Rosig

Auflage & Druck:

5000 Stück,
Gieselmann Druck Medien-
haus Potsdam-Rehbrücke
Christian Görke (Mdl)

V.i.S.d.P.:



Mit dem Smartphone
QR-Code einscannen
und direkt zur
Internetpräsenz der
Fraktion gelangen

www.dielinke-fraktion.brandenburg.de